



Lesben- und Schwulenverband in Deutschland
**Landesverband LSVD Queer-Mecklenburg-
Vorpommern**



LSVD Wahlprüfsteine zur Landtagswahl

Antworten der Parteien zum Thema: **Queere Gesundheit fördern**

7.1 Wie wollen Sie die diskriminierenden Blutspendeverbote für „MSM“ und Trans aufheben, einen LSBTIQ-Gesundheitsbericht auflegen, das Krankheitsrisiko Diskriminierung angehen, für LSBTIQ-inklusive Gesundheitsversorgung sorgen sowie einen Rettungsschirm für Corona-bedrohte LSBTIQ-Infrastruktur spannen?*

SPD Mecklenburg-Vorpommern

Blutspenden rettet Leben. Daher unterstützen wir alle Initiativen auf Bundesebene gegen die Diskriminierung von homo- und bisexuellen Männern bei der Blutspende. Denn Blut ist Blut und wird dringend benötigt. Wir werden darauf hinwirken, dass die diskriminierende Richtlinie der Bundesärztekammer zur Blutspende abgeschafft wird.

Der beste Gesundheitsschutz vor Diskriminierung ist der Kampf dagegen. Wir stellen uns konsequent gegen Diskriminierung und Gewalt. Wir werden auf Bundesebene einen nationalen Aktionsplan gegen Homo-, Bi-, Trans- und Interphobie und Gewalt gegen LSBTIQ* einführen und uns auf europäischer Ebene für die Ächtung solcher Diskriminierung einsetzen. Wir fördern den Kampf gegen Gewalt und Diskriminierung, die sich gegen queere Menschen richtet - in Deutschland und der Europäischen Union. Das Diskriminierungsverbot wegen der geschlechtlichen und sexuellen Identität werden wir in Art. 3 Abs. 3 GG aufnehmen.

Alle Menschen in MV haben ein Recht auf erreichbare und ebenso qualitativ hochwertige medizinische Angebote. Dieses Ziel in allen Regionen umzusetzen, ist angesichts des demographischen Wandels, der Fachkräftesituation, des rasanten Fortschritts der Spitzenmedizin und Digitalisierung eine echte Herausforderung für unser Land. Dieser Herausforderung stellen wir uns! Sie lässt sich nur meistern, wenn alle Ärztinnen und Ärzte – egal, ob in der Praxis vor Ort oder im Krankenhaus –, alle Pflegerinnen und Pfleger, alle Heilberufe, alle Betreiber von Krankenhäusern, Rehakliniken und Rettungsdiensten, alle Krankenkassen und sonstigen Kostenträger, alle Landkreise, Städte und Gemeinden, Wissenschaft und Versorgungsforschung gemeinsam mit dem Land MV zusammenarbeiten, kurz: Wenn alle an der medizinischen Versorgung Beteiligten an einem Strang ziehen.

Und zwar alle in dieselbe Richtung einer integrierten, auf das Patientenwohl ausgerichteten Versorgung. Die Patientinnen und Patienten stehen dabei im Mittelpunkt unserer politischen Arbeit. Daher sind für uns Patientenvertreter und Selbsthilfeorganisationen unverzichtbare Partner. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sie möglichst in allen relevanten Gremien beteiligt werden und die Sichtweise der betroffenen Menschen dort einbringen können. Wir werden prüfen, inwieweit ein LSBTIQ*-Gesundheitsbericht die Gesundheitsversorgung der Betroffenen verbessern kann.

Zur Unterstützung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans-, Inter- und queeren Menschen brauchen wir eine gut aufgestellte LSBTIQ*-Infrastruktur. Dafür werden wir uns einsetzen und prüfen, dass die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden.

CDU Mecklenburg-Vorpommern

Das Blutspendeverbot ist keine politische, sondern eine wissenschaftliche Frage. Seit 2020 sind die Bundesärztekammer und das Paul-Ehrlich-Institut gesetzlich verpflichtet, die Frage der Blutspende regelmäßig zu überprüfen. Diese wissenschaftliche Begleitung und Überprüfung unterstützen wir. Die Förderung und Sicherung einer effektiven Gesundheitsversorgung ist eine Herzensangelegenheit der CDU. Dabei spielt die sexuelle Orientierung keine Rolle. Selbiges gilt für die Corona-Hilfen des Bundes und des Landes.

AfD Mecklenburg-Vorpommern

Die Bundesregierung begründet die Blutspende-Rückstellfristen mit einem generell erhöhten Übertragungsrisiko für Infektionskrankheiten wie HIV. Hier stehen gesundheitliche Aspekte und mögliche Risiken für Empfänger von Blutspenden im Vordergrund.

Die Linke Mecklenburg-Vorpommern

Die Blutspenderrichtlinie muss dem Stand der Wissenschaft angepasst werden. Ausschlusskriterien und -zeiten, die schwule und bisexuelle Männer sowie trans* Personen diskriminieren, müssen entsprechend abgeschafft bzw. verkürzt werden.

Trans* Personen brauchen freien Zugang zu allen notwendigen medizinischen Leistungen (medikamentöse Therapien, Psychotherapie, falls gewünscht Operationen) und die Übernahme der dafür anfallenden Kosten durch die Krankenkassen – auch wenn sie keine Krankenversicherung haben und unabhängig von dem aktuellen Aufenthaltsstatus.

Konversionsbehandlungen müssen komplett verboten werden, auch an Erwachsenen. Fürsorge- oder Erziehungsberechtigte müssen zukünftig rechtlich belangt werden können, wenn sie dennoch Konversionsbehandlungen hinnehmen oder veranlassen.

Wir wollen für Frauen, Trans* und nicht binäre Menschen einen legalen Zugang zu Schwangerschaftsabbruch. Die Paragraphen 218 bis 219b Strafgesetzbuch (StGB) wollen wir streichen. Laufende Verfahren nach 219 a müssen umgehend eingestellt werden. Öffentliche Krankenhäuser müssen in ihrer Planung dafür sorgen, dass die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen gesichert ist. Schwangerschaftsabbrüche sind Teil der Gesundheitsversorgung und müssen, wie andere medizinische Leistungen, geregelt werden. Die nötige fachliche Ausbildung dafür muss zum Teil des Medizinstudiums werden.

Bündnis 90 / Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern

Immer noch sind Männer, die Sex mit Männern haben, (MSM) als Blutspender pauschal nicht erwünscht. Und das, obwohl händeringend Blutspender*innen gesucht werden. Es ist und bleibt willkürlich und unbegründet, warum bestimmten Personengruppen für eine Blutspende eine einjährige sexfreie Zeit vorgeschrieben wird. Natürlich hat Sicherheit bei der Blutspende oberste Priorität. Aber dabei muss das individuelle Risikoverhalten entscheidend sein – und nicht die Frage, ob jemand lesbisch, schwul, bisexuell, trans- oder intergeschlechtlich oder einfach heterosexuell ist. In der laufenden Legislaturperiode hat unsere Bundestagsfraktion daher den Antrag „Diskriminierung von homosexuellen und transgeschlechtlichen Menschen bei der Blutspende beenden“ eingebracht, der jedoch Gesundheitsausschusses des Bundestages von den Koalitionsfraktionen abgelehnt wurde. Wir Bündnisgrüne fordern weiterhin, alle diskriminierenden Regelungen bei der Blutspende zu beenden, und zwar gesetzlich. Zur Sicherheit der Blutspende müssen die Testungen verbessert werden. Wer Blut spendet, übernimmt Verantwortung für sich und die Gesellschaft. Das müssen wir fördern, statt es durch pauschale Ausschlüsse zu verhindern.

Zwar wissen wir, dass LSBTIQ* in besonderem Maße von bestimmten Krankheiten betroffen sind. Über die genauen Hintergründe und Ursachen wissen wir jedoch noch zu wenig. Die Auflegung eines LSBTIQ-Gesundheitsberichts sowie die Förderung der Forschung in diesem Bereich können uns dabei helfen. Aus den gewonnenen Erkenntnissen versprechen wir uns wichtige Impulse für die Gesundheitsversorgung und -vorsorge.

Insbesondere Trans*- und intergeschlechtliche Menschen brauchen eine sensible medizinische Betreuung. Viele haben in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen mit dem Gesundheitswesen gemacht. Diese Erfahrungen dürfen sich nicht wiederholen. LSBTIQ-inklusive Gesundheitsversorgung setzt vor allem entsprechend qualifiziertes und sensibilisiertes Personal voraus. In unserem Landtagswahlprogramm fordern wir daher Queerkompetenz als Pflichtbestandteil im Studium und der Ausbildung des medizinischen Personals zu etablieren.

Die LSBTIQ-Infrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern ist seit Jahren chronisch unterfinanziert und hängt viel zu oft von Projektförderungen ab. Die Corona-Pandemie hatte sich vor allem auf die wichtigen Begegnungsangebote ausgewirkt. Beratung von Angesicht zu Angesicht war lange nicht möglich, Veranstaltungen konnten nicht stattfinden. Gleichzeitig wissen wir, dass LSBTIQ* im besonderen Maße unter der Pandemie gelitten haben. Durch die Hilfen des Landes konnten bereits Finanzierungslücken geschlossen und in digitale Kommunikationstechnik investiert werden. Doch die Pandemie ist noch nicht vorbei. Wir Bündnisgrünen wollen daher LSBTIQ-Infrastruktur weiter fördern.

FDP Mecklenburg-Vorpommern

Die FDP fordert ein vollständiges Verbot sog. Konversionstherapien und die Abschaffung des Blutspende-Verbot für homo- und bisexuelle Männer.

Die Auswertung und die kompletten Antworten aller Parteien finden Sie unter <https://queer-mv.de/wahlpruefsteine-lsvd-queer-mv-e-v#antwort>